

**Rede  
des stellv. Fraktionsvorsitzenden und Sprechers für  
Migrationspolitik**

**Dr. Christos Pantazis, MdL**

zu TOP Nr. 13b

Aktuelle Stunde

**Für ein modernes Einwanderungsgesetz:  
Arbeitsmarkt öffnen – Spurwechsel jetzt!**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – Drs. 18/1445

während der Plenarsitzung vom 23.08.2018  
im Niedersächsischen Landtag

*Es gilt das gesprochene Wort.*

Sehr geehrter Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen,

Ferdinand Lassalle hat einst gesagt, dass alle große politische Aktion im Aussprechen dessen besteht, was ist. Vor genau diesem Hintergrund bekennt sich meine Fraktion zur Wahrheit, dass Deutschland ein weltoffenes Einwanderungsland mit einer langen Einwanderungsgeschichte ist.

Die Aussprache dieser gesellschaftlichen Wirklichkeit stellt allerdings die politische Lebensrealität seit nicht einmal zwei Jahrzehnten dar. Betonte noch der damalige CDU-Bundesinnenminister Kanther '98, dass Deutschland kein Einwanderungsland sei und keines werden solle, kam das überfällige Bekenntnis mit dem Wechsel von Helmut Kohl zu Gerhard Schröder!

Dafür gebührt ihm heute noch Dank und Anerkennung.

In Sinne einer auf Teilhabe ausgerichteten Politik zeichnet ein modernes Einwanderungsland erstens eine gelebte Willkommens- und Anerkennungskultur von zugewanderten Menschen; zweitens ein modernes – wie unser aus dem Jahre 2000 reformiertes – Staatsangehörigkeitsrecht und drittens wie hier in der Aktuellen Stunde thematisiert ein modernes Einwanderungsgesetz aus.

Wir begrüßen daher ausdrücklich, dass nach einem wochenlangen und erbittert geführten Streit der Unionsparteien es dank der SPD nicht nur endlich gelungen ist, zu einer tragfähigen Lösung in der Asylfrage zu gelangen, sondern vielmehr, dass nach über einem Jahrzehnt der Unionsblockade nun vereinbart ist, noch in diesem Jahr ein Einwanderungsgesetz zu verabschieden, um endlich legale Möglichkeiten der Einwanderung nach Deutschland zu schaffen.

Dieser Meilenstein folgt dem Prinzip, dass klare Regeln Ängste nehmen und ist ferner geeignet, Rechtspopulisten den Nährboden im Schüren fremdenfeindlicher Ängste zu entziehen!

Wo Andere Wahlkampfgetöse auf Kosten der politischen Kultur in unserem Land veranstalten, hat die SPD bewiesen, dass sie sich vernunftgeleiteten

Lösungsansätzen in der Migrationspolitik nicht verweigert – das gilt auch und insbesondere für das Thema Spurwechsel!

Die SPD-Fraktion teilt ausdrücklich nicht nur die Ansicht unseres Ministerpräsidenten Stephan Weil, sondern auch Daniel Günthers, Holger Stahlknechts und Karl-Josef Laumanns, dass Abschiebungen von Menschen, die hier in Deutschland eine Berufsausbildung absolviert haben und gut integriert sind, dem gesunden Menschenverstand zuwiderlaufen.

Wer die deutsche Sprache lernt, eine Berufsausbildung abschließt, sich in Feuerwehren, Vereinen und Verbänden engagiert und somit unter größten Anstrengungen in die deutsche Gesellschaft integriert, sollte dafür nicht auch noch bestraft werden. Wir fordern diese Integrationsbemühungen von Zuwanderinnen und Zuwanderern aus gutem Grund ein – im Gegenzug sollte diesen Menschen aber auch die Möglichkeit gegeben werden, legal und ohne Angst vor einer Abschiebung in unserer Gesellschaft zu leben.

Durch den demografischen Wandel wird Deutschland in den nächsten Jahren Millionen Fachkräfte verlieren. Um unseren wirtschaftlichen Wohlstand zu erhalten und unsere Renten zu sichern, sind wir auf qualifizierte ausländische Fachkräfte angewiesen. Wir wollen daher verhindern, dass aus Deutschland weiterhin gut integrierte ausländische Fachkräfte abgeschoben werden. Daher soll es abgelehnten Asylbewerbern und Geduldeten in Arbeits- und Ausbildungsverhältnissen möglich werden, vom Asylverfahren in die Fachkräfteeinwanderung zu wechseln. Dieser Spurwechsel sollte an eine Stichtagsregelung gebunden werden!

Für solche, die zum 1. August 2018 bereits in einem Ausbildungsverhältnis oder in einem sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnis standen, soll die Möglichkeit eröffnet werden, einen regulären Aufenthaltstitel im Rahmen des künftigen Einwanderungsgesetzes zu bekommen.

Da der Stichtag noch vor der Vorstellung des Einwanderungsgesetzes liegt, ist Missbrauch auch ausgeschlossen. Denn ab sofort können keine

Arbeitsverhältnisse mehr geschlossen werden, die möglicherweise nur dem Zweck dienen, einen Aufenthaltstitel zu erhalten.

Mit dem Inkrafttreten eines Einwanderungsgesetzes ist der Spurwechsel nicht mehr erforderlich. Insoweit ist für die SPD eine ganz klare Trennung zwischen dem Asylrecht und der Einwanderung von Fachkräften wichtig. Dieser Spurwechsel gibt in zweifacher Hinsicht Rechtsicherheit: Erstens für Personen, die sich in Deutschland gut integriert haben und hier seit längerem einer Arbeit nachgehen. Zweitens für Unternehmen und Handwerksbetriebe, die kein Verständnis dafür haben, wenn wir ihre mühsam gewonnenen Fachkräfte wieder nach Hause schicken.

In Sinne eines vernunftgeleiteten Lösungsansatzes sprechen wir aus, was ist: Schieben wir nicht die Falschen ab und legen ideologischen Scheuklappen beiseite, um gut integrierten Menschen Perspektiven zu geben und unserer Wirtschaft die notwendigen Fachkräfte zu sichern!

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!